

Antrag

der Abgeordneten **Ing. Huber, Waldhäusl, Königsberger, Tauchner, Hafenecker**
und **Sulzberger**

betreffend: **Unterstützung für unsere Familien – Schulstartgeld wieder einführen**

Das Steuerpaket 2011 der Bundesregierung stellt einen dramatischen Einschnitt im Familienbereich dar. Bei den Familien werden insgesamt satte 388 Millionen Euro eingespart. Auf zukunftsweisende Reformen wird generell verzichtet; dafür wird den Familien massiv Geld weggenommen.

Die 13. Familienbeihilfe wird gestrichen! Die Bezugsdauer der Familienbeihilfe wird gesenkt und nur noch bis zum 24. Lebensjahr ausbezahlt. Diese beiden Maßnahmen bringen der Bundesregierung rund 70 Mio. Euro – sie werden eine Familie aber bis zu 1.900 Euro pro Jahr kosten.

Für arbeitssuchende Kinder zwischen 18 und 21 Jahren, sowie bei Ende einer Berufsausbildung, wird die Familienbeihilfe gänzlich gestrichen; ebenso der Mehrkindzuschlag ab dem dritten Kind.

Die NÖ Schulstarthilfe wurde eingeführt, um den Eltern den teureren Schulbeginn zu erleichtern. Nach Beschluss der 13. Familienbeihilfe wurde die NÖ Schulstarthilfe mit dem Argument, dass diese die Schulstarthilfe ersetze, abgeschafft. Nun wurde durch die Bundesregierung für die Familien ein Belastungspaket geschnürt, das zur weiteren Verarmung von Familien führen wird. Viele Familien - vor allem Alleinerziehende und kinderreiche Familien - haben Angst, dass Sie aufgrund der bevorstehenden massiven Abstriche bei den Familienleistungen nur mehr schwer über die Runden kommen.

In Niederösterreich besuchen rund 115.000 Schüler die Pflichtschule. Deren Familien und Eltern benötigen in dieser Zeit unseren besonderen Beistand; ihnen Unterstützungen zu entziehen, ist in Zeiten wie diesen, ein völlig falsches Signal.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Niederösterreichische Landtag lehnt das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen und familienfeindlich entschieden ab und fordert von der Bundesregierung mit allem Nachdruck, den Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort Österreich durch ein einseitiges Sparpaket nicht zu gefährden.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung eine Schulstarthilfe in der Höhe von 100 € für alle Schüler mit österreichischer Staatsbürgerschaft und Hauptwohnsitz in Niederösterreich einzuführen. Für das Schuljahr 2010/2011 wäre eine Einmalzahlung in der Höhe von 50 € mit Beginn des 2. Schulsemesters auszuführen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Schulausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 9.12.2010 möglich ist.